70. Jahrgang. № 251 Dienstag, 1. Juni 1926

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Bezugs-Gebühr: vom 1. bis 15. Juni 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mark. Postbezugspreis für Monat Juni 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahl.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Sendig-Hotels Schandau **Königsvilla und Quisisana**
Im Königspark gelegen — — Vollkommen modernisiert
Jeden Nachmittag: Tanz im Freien Sonntags: Roulette-Tanz Pensionspreise ab Mk. 9.— aufwärts

Wortbruch der Locarno-Mächte.

Bedeutende Verstärkung der Besatzungstruppen seit der Räumung der ersten Zone.

Völlige Verwirrung in Polen. — Die preußische Regierung verteidigt Körsing. — Eine Abrüstungsrede Coolidges.

Eine amtliche Denkschrift.

Berlin, 31. Mai. Das Reichsministerium für die besetzten Gebiete hat dem Ausschuß des Reichstags, der die Besetzungsfragen behandelt, eine Denkschrift zugehen lassen, in der zum ersten Male amtliche Zahlen über die gegenwärtige Besatzungsstärke in der zweiten und dritten Rheinzone gegeben werden. **Nach dieser Denkschrift befanden sich am 15. November 1925 in der zweiten und dritten Zone rund 80 250 fremde Truppen, während sich jetzt in den beiden Zonen rund 88 000 Mann befinden.**

Damit wird nunmehr auch amtlich zugegeben, daß der Abzug der Truppen aus diesen Zonen geringer ist, als der Zustrom, der aus der ersten Zone erfolgt ist.

Von französischen Truppen befanden sich in der zweiten und dritten Zone am 15. September 74 900 Mann, während sich nach den deutschen Schätzungen jetzt noch rund 72 300 Franzosen im besetzten Gebiet befinden. Die Zahl der Belgier betrug am 15. September 5345, während sie jetzt um 2599 Mann gesteigert worden ist und 7944 beträgt. Englische Truppen befanden sich am 15. September nur 47 Mann in der zweiten und dritten Zone, ein kleines Detachement, das bei der Interalliierten Rheinlandkommission in Koblenz stationiert war. Nach den deutschen Schätzungen befinden sich jetzt 8155 in der zweiten und dritten Zone. Von amtlicher englischer Seite ist die Truppenstärke sogar auf rund 9000 Mann angegeben. **Nach den deutschen Feststellungen sind im gleichen Gebiet 880 Wohnungen mehr beschlagnahmt worden.** Die Belegung in Hotels ist viel stärker geworden, doch lassen sich hier genaue Angaben schwer machen. Die jetzt bekanntgewordenen Ziffern beruhen auf Schätzungen. Diese Schätzungen sind aber sehr sorgfältig vorgenommen worden, und das Ergebnis kann nicht angezweifelt werden.

Endlich diplomatische Schritte?

Freiherr v. Langwerth beim Reichskanzler.

Berlin, 31. Mai. Reichskanzler Dr. Marx hat heute den Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Freiherrn Langwerth v. Simmern zu einer längeren Besprechung über die Verhältnisse in den besetzten Gebieten empfangen. Der Reichskommissar gab bei dieser Gelegenheit dem Reichskanzler einen ganz eingehenden Bericht über die Zustände im besetzten Gebiet, insbesondere über die **Ziffern, die ihm über die Truppenstärke erneut in letzter Zeit zugegangen sind.** Daran knüpfte sich eine eingehende Erörterung. Man dürfte nicht fehlgehen in der Annahme, daß Reichskanzler Marx den Bericht, den er vom Reichskommissar Langwerth v. Simmern erhalten hat, zum Anlaß nehmen wird, die Verhältnisse im besetzten Gebiet mit dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann eingehend durchzusprechen. **Als Ergebnis dürfte anzusehen sein, daß demnächst diplomatische Schritte in Paris, London und auch in Brüssel unternommen werden, um die Entente erneut darauf hinzuweisen, wie wenig die Truppenstärke, die jetzt die rheinischen Zonen belasten, mit dem sog. Locarno-Geist in Einklang zu bringen ist.**

Im versklavten Deutschland.

Schwedische Militärmusiker und der Versailler Vertrag.

Stockholm, 31. Mai. Das Musikkorps der Leibgarde des Göta-Regiments sollte Anfang Juni anläßlich der Gesolei-Ausstellung eine Reihe von Konzerten in Düsseldorf abhalten. In letzter Stunde hat sich jedoch dieser Konzertreise ein Hindernis eigener Art in den Weg gestellt, nichts Geringeres als der Versailler Vertrag, der „fremden Truppen" (!) den Aufenthalt in dem Gebiet von Düsseldorf untersagt. Obgleich die Verhandlungen über diese Konzerte bereits seit Juli v. J. geführt wurden, hat man erst vor 14 Tagen den betreffenden Paragraphen des Versailler Vertrages entdeckt. Es begann ein eifriger Telegrammwechsel zwischen den betreffenden Stellen und man war hier überzeugt, daß sich die Angelegenheit zufriedenstellend regeln werde. **Als der Dirigent am gestrigen Sonntag die Pässe der Musiker visiren lassen wollte, erhielt er den Bescheid, daß aus der Reise nichts werden könne.** (TU.)

Pilsudski schlägt die Präsidentschaft aus.

Will er sich bitten lassen?

Warschau, 31. Mai. **Marschall Pilsudski hat die auf ihn entfallene Wahl abgelehnt mit der Begründung, in den Ziffern des Wahlergebnisses komme nach seiner Auffassung nicht hinreichend der Wille zur Säuberung zum Ausdruck, den er vom Sejm als Voraussetzung für die Annahme seiner Wahl gefordert habe.** Er hat seinerseits zwei Kandidaten vorgeschlagen, und zwar Hochschullehrer von Ruf. Der eine von ihnen, **Professor Moszicki**, ist Chemiker und wirkt als solcher in Lemberg. Er gehört zurzeit dem Vorstande des jüngst im Haager Prozeß Polen abgesprochenen Stickstoffwerkes Chorzow an. Der zweite Kandidat, **Zdziechowski**, ist Professor der Philologie und wirkte vor dem Kriege in Krakau. Er ist ein naher Verwandter des früheren Finanzministers gleichen Namens und genießt als Rechtsphilosoph, insbesondere wegen seiner Bücher über die Rechtsauffassung des Westens und Rußlands in Polen einen großen Ruf.

Pilsudski richtete an Natai einen Brief, in dem er für die Wahl seinen Dank ausspricht. Leider könne er die Wahl nicht annehmen, da er zunächst nicht einstimmig, wie im Jahre 1921, gewählt worden sei. Im übrigen wirke noch zu stark auf seine Erinnerung das tragische Geschick des Präsidenten Narutowicz, den er das tragische Geschick des Präsidenten Narutowicz, den er vor seinem schrecklichen Tode nicht habe bewahren können. **Ueberdies könne er ohne Arbeit nicht leben, und die gegenwärtige Verfassung entrücke dem Präsidenten die Arbeit. Es sei deshalb ein anderer Charakter für diesen Posten notwendig.** Der Marschall entschuldigt sich wegen der Enttäuschung, die er seinen Anhängern im Landtage und dem Volke habe bereiten müssen, und spricht die Hoffnung aus, daß unverzüglich eine andere Persönlichkeit zum Präsidenten gewählt werde. Weiterhin erwähnt Pilsudski in seinem Briefe, daß ihn das am 28. d. M. auf seine unmündigen Kinder verübte Attentat außerordentlich erschüttert und ihn in seinem Entschluß, zu verzichten, bestärkt habe.

•

Warschau, 31. Mai. In den heutigen Nachmittagsstunden hat eine Reihe Besprechungen zwischen den Führern der Linksparteien und Pilsudski stattgefunden. Man versuchte, um jeden Preis Pilsudski doch noch zu bewegen, daß er seine Erklärung, die Wahl nicht anzunehmen, zurückziehe. Wie von gut unterrichteter Seite verlautet, **soll Pilsudski einem politischen Freunde gegenüber erklärt haben, daß er sich vielleicht doch noch entschließen werde, die Wahl anzunehmen, aber dann müsse als Voraussetzung zuerst der § 1 der polnischen Verfassung durch die Nationalversammlung geändert werden.** Die Begeisterung für Pilsudski bei den Linksparteien ist so groß, daß eine Reihe Abgeordneter mit Koscialkowski (Wyzwolenie) an der Spitze eine große Demonstration vor dem Sejmgebäude veranstaltet haben. Koscialkowski hat dabei ausgerufen, daß die Abgeordneten zu Pilsudski gehen und ihn einfach zwingen werden, die Wahl anzunehmen.

In den Kreisen Pilsudskis **wird dagegen erklärt, daß der Kampf, den Pilsudski am 12. Mai gegen die Rechtsparteien begonnen habe, noch nicht beendet sei. Er glaube auch, daß er, solange die politische Lage in Polen noch nicht geklärt sei, freie Hand haben müsse, was er als Präsident nicht habe.** Er wolle deshalb auf dem Posten des Präsidenten nur eine Persönlichkeit wissen, die von allen parteiischen Einflüssen vollkommen frei sei. (T.-U.)

Völlig ungeklärte Lage in Warschau.

Warschau, 31. Mai. Die Lage in Warschau ist vollständig ungeklärt. Ein klares Bild wird sich erst nach den interfraktionellen Besprechungen, die heute abend begonnen haben und voraussichtlich bis in die frühen Morgenstunden dauern werden ergeben. **Auf den Straßen bewegen sich Hunderte und Tausende von Neugierigen, die von der Polizei in Schranken gehalten werden.**

Die Kandidatur des von Pilsudski vorgeschlagenen Präsidentschaftskandidaten Moszicki, einer in politischen Kreisen sehr wenig bekannten Persönlichkeit, findet auch auf der Linken nur sehr geringe Zustimmung. Für die Rechte ist sie unannehmbar. Auch die Minderheiten, welche heute vormittag fast durchweg ihre Stimme für Marschall Pilsudski abgegeben hatten, machten gegen Moszicki verschiedene Einwendungen geltend. In den Kreisen der Mittelparteien macht man für den ehemaligen österreichischen Statthalter von Galizien, Dr. Bobrzynski, Stimmung, der wiederum bei den Nationaldemokraten auf Widerstand stößt. Die äußerste Rechte trägt sich mit der Absicht, den Wilnaer Universitätsprofessor Zdziechowski, der Monarchist ist, aber zu Pilsudski ausgezeichnete Beziehungen unterhält, vorzuschlagen. Neben diesen Hauptrichtungen für eine Lösung der Schwierigkeiten laufen die Bestrebungen einher, Pilsudski zur Annahme der Präsidentschaftskandidatur bei einer morgigen Wiederwahl zu bewegen. (W.T.B.)

Wirtschaft und Volksentscheid.

Von Syndikus Karl Tögel, Coßmannsdorf.

Bei dem bevorstehenden Volksentscheid auf Enteignung des Fürstenvermögens hat sich auch die Wirtschaft zu fragen, ob sie dazu Stellung nehmen oder sich neutral beiseite stehend verhalten soll. Die offizielle Wirtschaftspolitik hat sich bis jetzt grundsätzlich bemüht, parteipolitisch neutral zu verhalten. Dieser Standpunkt ist unter allen Umständen auch weiter nötig, wenn es sich um reine parteipolitische Angelegenheiten handelt. In der Frage des Fürstenvermögens Gewehr bei Fuß zu verharren, aber wäre völlig falsch. Denn im vorliegenden Falle handelt es sich zwar offensichtlich um eine Abstimmung, die unmittelbar die Angehörigen der früher regierenden Fürstenhäuser in Deutschland angeht, in Wirklichkeit beabsichtigen die Väter des Volksentscheids zugegebenermaßen etwas ganz anderes. Selbst wenn dies nicht klar ausgesprochen wäre, hätte sich die Wirtschaft klar die Folgen eines solchen Entscheides zu überlegen, und diese rühren im vorliegenden Falle an den Lebensnerv der Wirtschaft überhaupt. Es handelt sich um das Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft und um die Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft.

Wenn man die Politik als eine Betätigung in der Gegenwart bezeichnen kann, deren Ziel die Verwirklichung eines Ideals ist, das noch in der Zukunft liegt, so hat es die Wirtschaft sowohl mit ihrem Tun als auch mit ihrem Ziel unmittelbar mit Gegenwartsaufgaben zu tun. Sie bedarf deshalb unter allen Umständen einer klaren Grundlage, auf der sich die gesamte Produktion, wie auch die Warenverteilung vollziehen kann. Diese Grundlage muß die moderne Wirtschaft vom Staate fordern, er gibt ihr die Basis für die Errichtung von Betrieben, wie auch die Sicherheit einer unabhängigen Rechtspflege, auf Grund deren sie allein ihre Arbeit zum Wohle des Ganzen vollziehen kann. Das geht auch aus der Reichsverfassung klar hervor, die im fünften Abschnitt von dem Wirtschaftsleben spricht. Als erster Satz findet sich dort im Artikel 151 die Forderung: „Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der Gerechtigkeit . . . entsprechen." Indem die deutsche Reichsverfassung von der Wirtschaft spricht, erkennt sie auch formaliter an, daß der Staat der Wirtschaft die Grundlage zu ihrer Betätigung geben soll. Indem sie dann weiter die wirtschaftliche Betätigung als dem Wohle der Gesamtheit dienend charakterisiert, schafft sie zugleich Ordnung in das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft. Der Primat des Staates, besser des Volkes, über die Wirtschaft ist verfassungsmäßig festgelegt. Erkennt man dies an, so ergibt sich eben auch aus der Verfassung für die Wirtschaft das Recht, vom Staate Sicherheit ihrer Grundlage, Sicherheit seiner Gesetzgebung und seiner Rechtsprechung zu verlangen.

Und nun ergibt sich aus dem Volksentscheid zur Enteignung der Fürsten, daß die sozialistisch-kommunistische Linke drauf und dran ist, diese verfassungsmäßigen Grundlagen zu verwischen. **Wenn der Volksentscheid durchgeht, tritt an die Stelle verfassungsmäßiger Grundlagen der schwankende Boden einer neuaufflackernden Revolution.** Es ist durchaus richtig, was neulich ein Reichstagsabgeordneter aussprach, daß Deutschlands Wirtschaft erledigt ist, wenn sich eine Mehrheit für den Volksentscheid findet.

Das ist im einzelnen noch weiter zu begründen. Als Sachbasis ergibt sich für die Wirtschaft aus Artikel 153 die Sicherung des Eigentums. „Das Eigentum wird von der Verfassung gewährleistet." Damit wird die deutsche Wirtschaft als sogenannte Privatwirtschaft anerkannt, die sich auf dem Eigentumsbegriff aufbaut. Dieses Eigentum muß aber vom Staate gewährleistet sein. **Es muß für den Wirtschaftler unter allen Umständen feststehen, daß an seinem der Produktion gewidmeten Eigentum und der daraus zu folgernden persönlichen Verfügungsgewalt unter gar keinen Umständen gerüttelt werden kann.** Das ist auch zum Wohle der Gesamtheit unerläßlich. Denn in dem Augenblicke, wo nur einiger Zweifel über die Sicherheit des Eigentums aufkommt, wird notwendigerweise die Vervollkommnung und Erweiterung dieses Wirtschaftseigentums Schaden leiden. Gerade das deutsche Unternehmertum hat in seiner Geschichte wiederholt nachgewiesen, daß es lieber am eigenen Leibe darbt, nur um das letzte in seine Betriebe zu stecken. Wenn es in Deutschland aber möglich sein könnte, daß persönliches Eigentum, das verfassungsmäßig gewährleistet ist, durch irgendwelche Maßnahmen willkürlich enteignet werden kann, dann wird der Aufstieg der Wirtschaft ernstlich gefährdet. Am Beispiel der sozialisierten Wirtschaft (siehe Deutsche Werke) ergibt sich ganz klar,